

7. Juni 2017

## Resolution der ordentlichen Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes Kanton Solothurn

### **Widerstand gegen den Kahlschlag der Post**

**Die Schweizerische Post gibt den Tarif durch. Die Zukunft der derzeit 44 Poststellen im Kanton Solothurn und der damit verbundenen Arbeitsplätze ist düster. Der Betrieb von 23 Filialen wird nur bis 2020 garantiert. 21 weitere sind bereits jetzt akut bedroht. Der Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn protestiert gegen diesen massiven Abbau des Service public mit aller Entschiedenheit. Die Post ignoriert die Signale der Politik und treibt den Abbau in noch verschärftem Tempo voran, von dem besonders auch KMU betroffen sind. Was die Post als alternative Angebote präsentiert, ist untauglich.**

Das Ausmass der Poststellenschliessungen nimmt immer grössere Dimensionen an und zieht neu auch in die Städte mit ein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen leider: Wird eine Poststelle überprüft, ist ihre Schliessung bereits beschlossene Sache. Die Dialogbereitschaft der Post sind eine reine Farce. Dass die Post davon spricht, Poststellen zu sichern, ist nichts als Schönfärberei.

Mit den angekündigten Schliessungen bis 2020 sichert sich die Post die Möglichkeit, die Schliessungswelle nahtlos weiterzuführen. Durch die veröffentlichten Strategielandkarten der zu «überprüfenden» Poststellen wird das Personal bewusst gespalten um den Widerstand zu schwächen. Statt der Bevölkerung und der Politik reinen Wein einzuschenken, betreibt die Post Schönfärberei, indem sie die Postagenturen und Zugangspunkte den Poststellen gleich stellt, obwohl diese nur einen Teil der Dienstleistungen anbieten können. Die angekündigten Bareinzahlungen an der Haustür und die Mittagszustellung der Tageszeitungen in Gebieten ohne Frühzustellung sind ebenso nur Teillösungen.

### **Post ignoriert Politik und Bevölkerung**

Mit ihrem Vorgehen ignoriert die Post die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Zeichen der Politik. Statt mit der Bevölkerung und den Gemeinden nach Möglichkeiten zu suchen, wie eine Schliessung der Poststellen verhindert werden kann, schafft sie mit den Schliessungen vollendete Tatsachen. Dies, obwohl im ganzen Land Unterschriften gegen die Schliessungen gesammelt werden, seit zwei Wochen Protestmärsche stattfinden und Motionen sowie eine Standesinitiative im Parlament hängig sind. Damit verspielt die Post das Vertrauen der Bevölkerung und stösst die Politik vor den Kopf. Umso mehr ist die Politik gefordert, der Post Leitplanken zum Erhalt des Service public zu setzen.

### **Versprechen statt konkrete Zusicherung**

Weiterhin spricht die Post davon, ihre soziale Verantwortung wahrnehmen zu wollen. Statt einen konkreten Plan vorzulegen, wie sie Kündigungen und Härtefälle verhindern will, wiederholt sie ihr Mantra der sozialen Verantwortung. Dies ist umso unglaubwürdiger, als in den Postverteilzentren Härkingen seit Jahren viele Menschen zu schlechteren Bedingungen beschäftigt werden, als dies der GAV vorsieht. Wie soll die Bevölkerung der Post vertrauen solange sie miserable Arbeitsbedingungen zulässt und weitere Schliessungen verkündet, ohne zu sagen was mit den betroffenen Mitarbeitenden passiert.

Die Solothurner Gewerkschaften werden die Schliessungen weiterhin, gemeinsam mit der Bevölkerung und dem betroffenen Personal mit allen Mitteln bekämpfen.